

Rede des Kreisdirektors und Kämmerers Rainer Stratmann zur Einbringung des Haushalts 2008 des Kreises Unna

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Selten waren die Vorzeichen günstiger für die Kommunalfinanzen als 2008. Die Finanzlage vieler Kommunen hat sich deutlich verbessert, vor allem wegen des starken Zuwachses der Gewerbesteuererinnahme. Gleichzeitig konnte der jahrlange Rückgang der kommunalen Investitionen gestoppt werden. Selbst der Arbeitsmarkt gewinnt an Fahrt, die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist auf dem höchsten Stand seit 17 Jahren. Auch für unsere Region melden die Agenturen für Arbeit zurückgehende Arbeitslosenzahlen. Also: die Wirtschaft brummt, die Auftragsbücher sind voll und die Steuern sprudeln nur so. Selbst schlechte Nachrichten wie der hohe Ölpreis, Bankenprobleme oder Hypothekenkrisen in den USA vermögen die robuste Wirtschaftslage nur unwesentlich zu beeinträchtigen, so der Präsident der Europäischen Zentralbank.

Also endlich auch einmal ein gutes Jahr für die Kommunalfinanzen im Kreis Unna? Allerdings, und da gebe ich dem Deutschen Städte- und Gemeindebund recht, steigt die Verschuldung trotz der sprudelnden Steuerquellen weiter an. Die Kassenkredite der Kommunen haben in 2007 in Deutschland die gigantische Summe von fast 30 Milliarden Euro erreicht - und dies trotz guter Konjunktur. Auch die Sozialleistungen der Kommunen steigen weiter ungebremst und haben in 2007 bei 37,5 Milliarden Euro eine Höchstmarke erreicht. Damit liegen die Ausgaben für Soziales in den Kommunen deutlich über den Einnahmen aus der Gewerbesteuer – und diese wird in den nächsten Jahren wegen der Unternehmenssteuerreform leider erst einmal absinken. Auf den Kreis Unna runtergebrochen, kann daher keineswegs von dauerhafter Entwarnung gesprochen werden: Allenfalls geht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr so weit auseinander wie in den vergangenen Jahren.

Aber lassen Sie mich nun zu den Zahlen im einzelnen kommen. Die Steuerkraft in den Städten und Gemeinden ist erheblich angestiegen, auch die Schlüsselzuweisungen sind wegen des wachsenden Steuerverbundes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes besser als in den letzten Jahren. Damit haben sich die Umlagegrundlagen für den Kreishaushalt stark verbessert. In Euro ausgedrückt bedeutet das im Verhältnis zu 2007 eine Steigerung von rd. 22 Mio. Euro. Wunderbar - könnte man meinen, denn damit könnte man die allgemeine Kreisumlage um fast 5 Punkte absenken. Das würde aber voraussetzen, dass auf der Ausgabenseite die Zahlen so bleiben wie in den letzten Jahren. Das ist aber leider nicht der Fall.

Da ist als erstes das neue Wohngeldentlastungsgesetz, das uns mächtig zu schaffen macht. Die Änderung des Wohngeldentlastungsgesetzes bedeutet für uns eine Mindereinnahme von 4,4 Mio. Euro – und zwar auch schon für 2007. Das Wohngeldentlastungsgesetz sollte dazu dienen, die Belastungen und Entlastungen aus dem Wechsel von der Sozialhilfe zum ALG II auszugleichen. Wir haben zunächst im

Jahre 2006 rd. 5,6 Mio. aus diesem System bekommen, in 2007 ist der Modus der Verteilung dieser Mittel verändert worden - und zwar zu Lasten des Ballungskerns und der Ballungsrandgebiete. Für uns ist dieser Verteilungsmechanismus aufgrund der eingegebenen Daten nicht nachvollziehbar. Das haben wir dem Ministerium auch mehrfach schriftlich und in Besprechungen über den Landkreistag vorgetragen. Unsere Bemühungen haben allerdings nicht gefruchtet, der Landtag ist letztlich bei seiner Entscheidung geblieben. Wir werden uns daher in den nächsten Tagen mit anderen Städten und Kreisen zusammensetzen, um gegen das Wohngeldentlastungsgesetz zu klagen. Um Ihnen die Ungerechtigkeit dieses neuen Verteilungssystems darzustellen, reicht ein Blick auf unseren Nachbarkreis Soest. Dem Kreis Soest geht es strukturell und finanziell deutlich besser als dem Kreis Unna, trotzdem bekommt der Kreis Soest aus dem Wohngeldentlastungsgesetz jedes Jahr einen Mehrertrag von sage und schreibe 16 Mio. Euro. Allein schon diese Zahl macht deutlich, dass dieser Verteilungsmechanismus nicht richtig und gerecht sein kann.

Apropos klagen: Kurz vor Weihnachten hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen entschieden, dass die Gemeindefinanzierungsgesetze 2006 und 2007 verfassungswidrig sind. Das Gericht hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Land in eklatanter Weise die Städte und Gemeinden zu hoch belastet hat bei der Berechnung des Solidarausgleichsbetrages. Das bedeutet, dass pro Jahr ca. 500 Mio. den Städten und Gemeinden und damit auch den Kreisen genommen worden ist. Kurz vor Weihnachten gab es daher einen Geldsegen, weil das Land im Rahmen von Abschlagzahlungen rd. 500 Mio. an Städte und Gemeinden verteilt hat, für die Städte und Gemeinden im Kreis Unna rd. 13 Mio. Euro. Der Kreis Unna hat keinen Cent aus diesem „Weihnachtsgeschenk“ bekommen, da diese Zahlungen direkt an die Städte und Gemeinden geleistet werden. Gerecht wäre es allerdings, weil auch wir unmittelbar von dieser Schlechterstellung in diesen Jahren betroffen waren, wenn es auch einen Ausgleichsbetrag für die Kreise gegeben hätte. Ich meine, es ist nur recht und billig, wenn der Kreis auch seinen Anteil an diesem Geld bekommt.

Ein weiterer Einnahmeverlust bedeutet die Änderung des Gesetzes zur Grundsicherung im Alter. Alleine hier verlieren wir eben mal so 1,3 Mio. Euro Einnahmen. Ohne jede nachvollziehbare Begründung wird hier zu Lasten der Kommunen der Bundeshaushalt saniert. Allerdings könnte sich in den nächsten Wochen noch etwas tun, da im Zusammenhang mit der Absenkung des Bundeszuschusses zu den Kosten der Unterkunft von 31,2 auf 28,6 % - für uns ein weiterer Einnahmeverlust von rd. 2 Mio. Euro - angeblich ein Koppelgeschäft zwischen Bundesrat und Bundestag verabredet worden sei. Hier hat der Bundesgesetzgeber mit Zustimmung des Bundesrates in einem Hauruck-Verfahren dem Kreishaushalt weitere 2 Mio. Euro entzogen mit der vordergründigen Behauptung, es gehe den Kommunen besser und damit müssten aus dem Bundeshaushalt weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese 2 Mio. sind in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt worden, sie müssen im Laufe des weiteren Beratungsverfahrens kompensiert werden. Ein guter Weg wäre, die Mehreinnahmen der Städte und Gemeinden aus dem Solidarbeitragsgesetz hierfür zu nutzen.

Sie sehen wie gravierend sich bundesgesetzliche oder landesgesetzliche Entscheidungen auf den Kreishaushalt und damit letztlich auch auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden auswirken. Wenn im Bund oder im Land große Räder gedreht werden, kann es durchaus sein, dass einige unter die Räder

kommen. Leider ist es in der letzten Zeit häufig so gewesen, dass wir zu denjenigen gehören, die unter die Räder geraten sind.

Ein seit Jahren dauerndes Ärgernis sind die stetig steigenden Kosten zur Hilfe zur Gesundheit, die sogenannte Krankenhilfe. Auch durch das am 01. April 2007 in Kraft getretene GKV Wettbewerbsstärkungsgesetz, wonach jeder in Deutschland pflichtversichert ist, ist kein Rückgang der Fallzahlen festzustellen, im Gegenteil. Die Empfänger von laufenden Leistungen nach dem SGB II haben eben doch keinen Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen bzw. privaten Krankenkasse. Sie müssen somit ausschließlich über die Kommunen finanziert werden. Ein Betrag, der inzwischen die 4 Mio. Grenze deutlich überstiegen hat.

Die größte Bruttoausgabe im Kreishaushalt mit rd. 76,6 Mio. Euro sind die Kosten der Unterkunft. Diese Gelder werden für rd. 20.000 Bedarfsgemeinschaften oder 40.000 Menschen im Kreis Unna zur Verfügung gestellt, die aufgrund ihrer Einkommenssituation ihre Unterkunftskosten ganz oder zum Teil vom Kreis bezahlt bekommen. Wir können diese Kosten kaum beeinflussen, das kommt wie eine Lawine auf uns zu.

Trotzdem setzen wir auf zwei Aspekte für die Zukunft:

1. Wir werden zusammen mit der ARGE alle Maßnahmen ergreifen, um die Kosten durch Kontrollen und restriktive Maßnahmen bei der Ausgabenbewirtschaftung noch besser in den Griff zu bekommen.
2. Wir werden alles tun, um die Programme der Bundesanstalt für Arbeit dafür zu nutzen, so viele Menschen wie möglich wieder in Arbeit und Brot zu bringen.

Es ist doch sozialpolitisch und finanzpolitisch ein Skandal, wenn es inzwischen im Kreis Unna über 4500 Menschen gibt, die trotz Arbeit nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Es handelt sich hierbei um die sogenannten „Aufstocker“, also Menschen, die arbeiten und trotzdem nicht genug verdienen. Eigentlich haben wir damit schon heute einen flächendeckenden Kombilohnentarif, d.h. einen Teil des Lohnes zahlt der Arbeitgeber und den Rest zur Lebensfinanzierung zahlt die Allgemeinheit. Das ist keine Marktwirtschaft und schon gar keine soziale Marktwirtschaft. Ich bin allerdings optimistisch, dass die Debatte in den letzten Wochen und Monaten über Mindestlöhne dazu beiträgt, dieses Problem an der Wurzel anzufassen und dafür zu sorgen, dass für gute Arbeit auch ordentlich bezahlt werden muss.

Die zweitgrößte Ausgabeposition sind 70 Mio. Euro, die wir an den Landschaftsverband zahlen müssen. Trotz einer Hebesatzsenkung um einen Punkt sind die echten Kosten weiter gestiegen von rd. 67 Mio. auf nun fast 70 Mio. Euro. Damit finanziert der Landschaftsverband im wesentlichen wiederum Sozialausgaben, insbesondere die Hilfe für behinderte Menschen in ganz Westfalen-Lippe. Davon profitieren natürlich auch die Behinderten bei uns im Kreis, ob sie in Unna, in Schwerte oder im Selm wohnen oder in beschützenden Werkstätten arbeiten. Diese Hilfe ist notwendig und das Geld ist gut angelegt, da die Behinderten einen Rechtsanspruch gegen die Gesellschaft auf Eingliederung ihr Leben lang haben. Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, ob die Beträge jedes Jahr in dieser Größenordnung steigen müssen. Und es muss auch die Frage erlaubt sein, ob diese Aufgaben allein kommunalfinanziert werden

müssen, oder ob es sich nicht dabei um eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden handelt und damit eine gerechtere Kostenverteilung stattfinden müsste. Die Gespräche mit den Verantwortlichen beim Landschaftsverband signalisieren Verständnis für unsere Finanzierungsprobleme. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe setzt inzwischen vermehrt auf ambulante Hilfen und will damit nicht nur den Menschen helfen, sondern auch die finanziellen Belastungen für die Mitgliedskommunen auf ein erträgliches Maß reduzieren.

Sie sehen also, wenn man die Belastungen von den Mehreinnahmen von 22 Mio. abzieht, verbleibt nur ein Betrag von rd. 11 Mio. Euro, um den wir die Kreisumlage senken können. Aber immerhin, mit unseren Sporbemühungen und der Aufgabenkritik aus den letzten Jahren und den deutlich besseren Einnahmen gelingt es, die Kreisumlage um über 2 Punkte zu senken und gleichzeitig einen ausgeglichenen Haushalt für 2008 vorzulegen.

Nun zu einem anderen großen Thema des Haushaltes 2008, nämlich der Aufarbeitung unserer Vergangenheit. Ich meine die Altdefizite, die wir in den letzten Jahren von 2002 bis 2007 planmäßig erwirtschaftet haben, um die Städte und Gemeinden in den letzten Jahren zu entlasten. Wir haben die Kreisumlage eben nicht in dem Umfang festgesetzt, wie es zum Ausgleich des jeweiligen Haushaltes erforderlich gewesen wäre. Zusammen mit dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis von 2007 haben wir auf diese Art und Weise rd. 64 Mio. Euro Defizit aufgebaut, die wir über den Kassenkredit - salopp ausgedrückt über den Dispo - finanzieren müssen.

In der letzten kammeralen Haushaltssatzung - nämlich dem Haushalt 2008 - ist der von den Städten und Gemeinden zu tragende Anteil an den Altdefiziten durch den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage festzusetzen. Das ist die einzige Möglichkeit, um Altdefizite abzubauen. Dazu brauchen wir das Einverständnis mit den Städten und Gemeinden, wie es der Innenminister sehr deutlich formuliert hat.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten sehr viel an diesem Thema gearbeitet und legen Ihnen nunmehr als Verwaltungsentwurf den Vorschlag vor, den von den Städten und Gemeinden zu tragenden Anteil an den aufgelaufenen Defiziten mit einem Hebesatz von 10,49 v.H. der allgemeinen Kreisumlage zusätzlich zu berechnen und zu fixieren. Ausgehend von einem voraussichtlichen Gesamtvolumen der Altdefizite von rd. 64 Mio. zum 31.12.2007 ist der Anteil der Städte und Gemeinden damit zunächst mit rd. 47 Mio. Euro kalkuliert. Dabei haben wir uns zur Berechnung der Höhe dieses Anteils orientiert an der im August/September 2007 auf Verwaltungsebene entwickelten Konsensvereinbarung zwischen dem Kreis und seinen Städten und Gemeinden. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal kurz daran erinnern, wie diese Konsensvereinbarung aussah:

1. In die Eröffnungsbilanz des Kreises soll ein Eigenkapital von nicht mehr als 1 % der Bilanzsumme, das sind rd. 4 Mio. Euro ausgewiesen werden.
2. Die RWE-Aktien des Kreises sollen bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2008 verkauft werden. Die Erlöse dienen zur Schuldentilgung, die Höhe der Altdefizite wird um die Differenz zwischen dem Buchwert und dem Verkaufswert des Aktienpaketes vermindert.
3. Sich weiter noch ergebende Verbesserungen bei der Vermögensbewertung des Kreises führen zur Verminderung der Altdefizite.

4. Der Kreis bilanziert die Altdefizite als Forderung gegenüber den Städten und Gemeinden, individuelle Vereinbarungen über die tatsächliche Rückzahlung mit einer Laufzeit von 8 Jahren sind möglich.

Die Absenkung von 64 Mio. auf 47 Mio. erklärt sich im wesentlichen aus dem Mehrwert der Aktienerlöse und der Verbesserung der Vermögensbewertung. An dieser Stelle möchte ich allerdings noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Zahlenwerk um eine sehr vereinfachte Berechnung handelt, die noch erhebliche Risiken beinhaltet. Erst nach Vorliegen der Jahresabschlüsse 2007 und 2008 wird letztlich feststehen, wie weit der bilanzielle Ausgleich in der formalen Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009 tatsächlich dargestellt werden kann.

Der jetzt vorgelegte Vorschlag bietet die einmalige und letztmalige Möglichkeit, das Thema Altdefizite einvernehmlich mit den Städten und Gemeinden zu lösen und damit auf Dauer zu einer vernünftigen und sachgerechten Finanzbeziehung zwischen dem Kreis und seinen Städten und Gemeinden zu kommen. Alle Städte und Gemeinden haben – natürlich unter Vorbehalt der politischen Gremien - dafür ihre Zustimmung signalisiert. Die Weichen für diesen Kompromiss sind von ihnen selbst bei ihrem Beschluss zum Verkauf der RWE Aktien gestellt worden, auch der Regierungspräsident hat im Rahmen seiner Moderation diesen Weg vorgezeichnet. Gerade gestern waren Herr Appel und ich bei der Bezirksregierung, unserer zuständigen Kommunalaufsicht. Wir haben sowohl den Haushalt wie die Altdefizite mit der Bezirksregierung erörtert und von dort positive Signale mitgenommen, dass dieser Weg rechtlich möglich und tatsächlich geboten ist. Eine Genehmigung ist uns in Aussicht gestellt worden.

Die Zukunft unseres Kreises hängt entscheidend davon ab, welche Infrastruktur die Unternehmen und die Menschen in dieser Region vorfinden. Wie vom Landrat vorgeschlagen und von Ihnen einstimmig beschlossen, werden wir mit dem Haushalt 2008 die Wirtschaftsförderung im Kreis Unna kräftig unterstützen und damit den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Kreis Unna in der Region deutlich stärken. Deshalb haben wir für die WFG eine Kapitalerhöhung in Höhe von 5 Mio. Euro vorgesehen, die über Darlehen finanziert werden sollen. Das ist eine gute Investition in die Zukunft und sichert die erfolgreiche Arbeit der Wirtschaftsförderung für die nächsten Jahre ab.

Genauso wichtig für unseren Kreis sind Investitionen, die wir über den Haushalt 2008 beginnen und die dann in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

An erster Stelle ist hier die Erweiterung des Feuerwehrservice-Zentrums und der Anbau des Bauhofs an der Viktoriastraße in Unna zu nennen, dafür sind rd. 6 Mio. an Hochbaumaßnahmen eingeplant. Mit diesen Investitionen unterstützen wir die unbedingt notwendige Arbeit der Feuerwehren vor Ort und leisten einen erheblichen Beitrag im Rahmen der Solidargemeinschaft der Städte und Gemeinden. Wir wissen aus der bisherigen Arbeit des Feuerwehrservice-Zentrums, wie wichtig und wie wertvoll diese ergänzende Hilfen für die Feuerwehren sind. Das werden wir in Zukunft noch verstärken, das müssen wir verstärken, zumal der Bevölkerungsschutz und der Katastrophenschutz einen erheblich höheren Stellenwert als in der Vergangenheit in unserer Aufgabenwahrnehmung eingenommen hat. Wir haben bei dem furchtbaren Sturm „Kyrill“ Anfang des letzten Jahres gesehen, wie wichtig eine funktionierende Leitstelle, ein flä-

chendeckender schneller Rettungsdienst und ein optimaler Katastrophenschutz für die Bevölkerung im Kreis Unna ist.

Mit dem Hansa-Berufskolleg haben wir im letzten Jahr Maßstäbe gesetzt und dafür gesorgt, dass die Schullandschaft in unserer Trägerschaft baulich auf einen immer besseren Stand gebracht wird. Auch für das Berufskolleg in Werne haben wir für 2008 Investitionen geplant, damit endlich eine 20 Jahre andauernde Übergangslösung beseitigt wird. Aber nicht nur baulich, auch inhaltlich sind wir immer mehr auf dem Weg zu einer regionalen Bildungslandschaft.

Von den wichtigsten Straßenbaumaßnahmen möchte ich den Neubau der K 10 n in Schwerte erwähnen, sowie zwei weitere Maßnahmen in Kamen und in Bönen. In Schwerte geht es um ein Bauvorhaben, das seit Jahrzehnten darauf wartet, umgesetzt zu werden. Die Grundstückserwerbsverhandlungen haben sich in den letzten Wochen positiv entwickelt, wir können auch davon ausgehen, dass die Baumaßnahme mit entsprechenden Landesmitteln in Höhe von 80 % der Gesamtkosten mitfinanziert wird.

Auch in Kamen geht es um eine Straßenbaumaßnahme, nämlich der Beseitigung des Bahnübergangs in Südkamen, die seit Jahrzehnten diskutiert wird und jetzt endgültig in Angriff genommen werden soll. Die Voraussetzungen sind geschaffen, weil nach jahrelangen Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn die Anteilsfinanzierung auch durch die Bahn endlich geklärt ist.

Eine weitere große Straßenbaumaßnahme – die K 35 Poilstraße - wird in Bönen geplant, weil die Entwicklung des Gewerbegebietes Bönen/Hamm dies zwingend notwendig macht. Das Gewerbegebiet in Bönen hat sich zu einem Premiumstandort entwickelt. Dem müssen wir Rechnung tragen, in dem wir auch die Infrastrukturmaßnahmen so ausbauen, dass das Gewerbegebiet in Bönen auch in Zukunft der Standort für Produktion und Gewerbe in unserer Region bleibt.

Das sind nur einige von vielen Investitionsmaßnahmen, die der Kreis in den nächsten Jahren angehen wird. Damit sichern wir die Zukunft dieser Region ab. Ich möchte allerdings an dieser Stelle nicht verschweigen, dass diese Maßnahmen natürlich auch finanziert werden müssen: Immerhin ein Gesamtvolumen von 38 Mio. in den nächsten 3 Jahren. Das können wir natürlich nicht alleine stemmen, sondern wir brauchen dafür auch die Unterstützung von Bund und Land.

Seit dem 01.01.2008, also genau seit 8 Tagen, haben wir neue Aufgaben vom Land übernommen. Die Versorgungsämter wurden aufgelöst und deren Aufgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte per Gesetz übertragen. Auch Aufgaben des Umweltrechtes sind seit dem in Folge der Auflösung der staatlichen Umweltämter ebenfalls auf uns übergegangen. Diese neuen Aufgaben erledigen wir mit den uns vom Land zugewiesenen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insgesamt rd. 40 Personen. Für die Aufgaben des Versorgungsrechtes haben wir ganz bewusst eine gesamte Etage des Kreishauses geräumt, um sicher zu stellen, dass unsere schwerbehinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger barrierefrei das Kreishauses besuchen können. Ich bin sicher, dass wir diese neuen Aufgaben als kommunale Dienstleister gut und sachgerecht und vor allen Dingen ortsnahe für die immerhin mehr als 90.000 Behinderten im Kreis Unna erfüllen können. Die mit diesen neuen Aufgaben verbundenen finanziellen Veränderungen sind

bisher noch nicht im Haushalt eingearbeitet. Die geänderten Planansätze sowie die Ausweisung im Stellenplan werden wir über die Änderungslisten Ihnen bis zur Beschlussfassung am 11.03.2008 vorlegen. Wir gehen davon aus, dass die Übernahme sämtlicher Aufgaben aufwandsneutral erfolgt und nicht zu einem höheren Zuschussbedarf führt. Ich setze auf das strenge Konnexitätsprinzip und gehe davon aus, dass alle mit diesem Aufgabenübergang zusammenhängenden finanziellen Belastungen 1:1 auf Dauer vom Land ausgeglichen werden.

Mit dem jetzt vorliegenden Haushalt haben wir die Umstellung von der Kammeralistik auf die Dopik fast vollständig vollzogen. Wir haben nicht nur den Haushalt 2008 dargestellt, sondern ebenfalls einen Vorschlag entwickelt für die Lösung der Altdefizite. Wenn man das nüchterne Zahlenwerk sieht, vermag man sich nicht vorzustellen, wie viel Arbeit dahinter steckt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Bereichen der Kreisverwaltung haben wochen- und monatelang daran gearbeitet, um Ihnen diesen Haushaltsentwurf in dieser Form rechtzeitig vorzulegen. Es wurden weder Überstunden noch Wochenendarbeit gescheut, um die entsprechenden Unterlagen zu erarbeiten. Das ist beileibe nicht selbstverständlich und verlangt von den Kolleginnen und Kollegen viel ab an Arbeitskraft und Verzicht auf Freizeit. Dafür gebührt allen Kolleginnen und Kollegen Respekt und Anerkennung. Allerdings muss ich hier auch in meiner Funktion als Personaldezernent darauf hinweisen, dass man den Bogen nicht überspannen darf. Wir merken immer mehr aufgrund der in den vergangenen Jahren durchgeführten Aufgabenkritik und den daraus resultierenden reduzierten Stellen, wie die Arbeit sich immer mehr verdichtet hat und sich auch noch weiter verdichten wird. Irgendwann gibt es aber sicherlich einen Punkt, wo eine Überforderung stattfindet. Gesundheitsbedingte Ausfälle – wie leider auch hier im Kreistag in den letzten Wochen zu verzeichnen – machen deutlich, wie wichtig bei allem beruflichen Engagement die Gesundheit ist. Auch bei uns im Kreishaus gibt es inzwischen leider immer häufiger gesundheitsbedingte Ausfälle von längerer Dauer.

Trotz dieser enormen Arbeitsbelastung halten wir an unserem seit Jahren eingeschlagenen, strikten Kurs der Aufgabenkritik fest und senken wiederum auch im Stellenplan 2008 die Zahl der vollzeitverrechneten Stellen im Saldo um weitere 7 Stellen. Nach den bereits ab dem Jahr 1991 realisierten massiven Stelleinsparungen werden nun auch die Ergebnisse der im Jahre 2002 durchgeführten aufgabenkritischen Betrachtung und der ab 2006 umgesetzten Vorschläge der Finanzstrukturkommission deutlich sichtbar. Trotz zusätzlicher Aufgabenübertragung auf den Kreis und den damit verbundenen neuen Stelleneinrichtungen haben wir seit 1991 insgesamt 154 Planstellen eingespart, allein seit 2001 51 Stellen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: mit unserer Aufgabenkritik und der Finanzstrukturkommission haben wir einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass unsere Finanzen nicht völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Zusammen mit den positiven Rahmenbedingungen für das Jahr 2008 und der Lösung der Altdefizitproblematik machen wir mit diesem Haushalt einen entscheidenden Schritt nach vorne:

1. Der Haushalt 2008 ist ausgeglichen bei Senkung der Kreisumlage um über 2 Punkte
2. Es gibt einen tragfähigen Kompromiss bezüglich der Altdefizite zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis und
3. Der Kreis Unna investiert rd. 38 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren für die Verbesserung der Infrastruktur in unserer Region.

Ich möchte meine Rede nicht schließen, ohne mich ganz ausdrücklich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haus zu bedanken. Auch der Personalrat hat seinen Anteil an der erfolgreichen Arbeit – nicht nur in den letzten Jahren. Alle Kolleginnen und Kollegen haben wie immer dazu beigetragen, dass der Haushalt sachgerecht, wohl abgewogen und zeitgerecht Ihnen vorgelegt werden konnte. Dieser Dank gilt natürlich ganz besonders den Kolleginnen und Kollegen aus dem Steuerungsdienst und hier stellvertretend für alle dem Leiter des Steuerungsdienstes Heinz Appel. Mit großem Engagement, hoher Sachkompetenz und strenger Zielorientierung hat sein Team all diese Arbeit in den letzten Wochen und Monaten geleistet. Wir bieten Ihnen wie jedes Jahr an, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um Ihnen die Entscheidung leichter zu machen oder zur Entscheidungsfindung beizutragen. Die Beschlüsse müssen Sie allerdings selbst treffen, dafür wünsche ich Ihnen gute Beratungen, intensive Diskussionen und am Ende eine glückliche Hand für Ihre Entscheidung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!